

Grunau, Joachim

**Article**

## Die Tagung des Vereins für Sozialpolitik – Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Bad Pyrmont

Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft

**Provided in Cooperation with:**

Duncker & Humblot, Berlin

*Suggested Citation:* Grunau, Joachim (1950) : Die Tagung des Vereins für Sozialpolitik – Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Bad Pyrmont, Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, ISSN 1619-6244, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 70, Iss. 6, pp. 85-96,  
<https://doi.org/10.3790/schm.70.6.85>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/290714>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

## Berichte

### Die Tagung des Vereins für Sozialpolitik — Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Bad Pyrmont

(13. bis 15. Oktober 1950)

Zum erstenmal seit seiner Wiedergründung wandte sich der Verein für Sozialpolitik — Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit einem jetzt besonders aktuellen und trotzdem nicht nur gegenwärtig interessierenden Thema an einen Kreis von Hörern, dem neben den Vertretern der wissenschaftlichen Nationalökonomie auch eine größere Zahl von Wirtschaftspraktikern und -politikern angehörte. Wie aus den einleitenden Worten des Vorsitzenden des Vereins, Prof. Gerhard Albrecht (Marburg) zu entnehmen war, lag der Tagung eine schon in der Wahl des Themas zum Ausdruck kommende zweifache Absicht zugrunde:

Einmal sollte durch Erörterung eines brennenden wirtschaftspolitischen Problems die Tradition des Vereins, der keineswegs ein reines Professorenkollegium sein will, fortgesetzt werden, aktiv an der Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik mitzuwirken. Die dabei erwünschte Zusammenarbeit mit den Praktikern setze allerdings — nach den Worten des Vorsitzenden — den Verzicht auf einen in der Tagespolitik oft nicht vermeidlichen, engen Interessenstandpunkt voraus. Ebenso solle dadurch in keiner Weise dem wissenschaftlichen Charakter des Vereins im allgemeinen und dieser Tagung im besonderen Abbruch getan werden.

Die andere, mit der Wahl des Themas verfolgte Absicht ist im engeren Sinne wissenschaftlicher Natur. Die von Keynes mit so weitreichendem Erfolg bearbeitete Problematik der Vollbeschäftigung ist im Ausland seit dem Erscheinen der „Allgemeinen Theorie“ mit einer auch heute noch nicht abgeklungenen Intensität diskutiert worden. An dieser Diskussion hat die deutsche Wissenschaft wegen des politischen Abschlusses vom Ausland nicht oder doch nur sehr beschränkt teilnehmen können. Gewiß haben sich inzwischen auch deutsche Wirtschaftstheoretiker mit den Gedanken von Keynes auseinandergesetzt. Dies geschah aber in einem Zustand geistiger Isolation,

den es jetzt zu überwinden gilt. Ein Ansatzpunkt hierzu sollte das Thema der Tagung sein.

Die deutsche Wirtschaftswissenschaft sei — so fuhr Professor Albrecht fort — außerdem zur Behandlung der von Keynes entwickelten Theorie, die besonders in den angelsächsischen Ländern eine fast dogmatische Bedeutung gewonnen hat, aus zwei Gründen gewissermaßen prädestiniert. Einmal war Deutschland das erste Land, dessen Wirtschaft Gegenstand einer umfassenden und bis zur letzten Konsequenz gehenden Vollbeschäftigungspolitik war und zum anderen war es ein deutscher Wissenschaftler — L. A. Hahn —, der die Grundgedanken der Keynes'schen Lehre bereits um 1920 konzipierte und veröffentlichte und der diese Theorie — als einer der schärfsten (und nicht ganz undogmatischen) Gegner von Keynes — jetzt als seine „Jugendsünde“ verwirft.

Es ist im Rahmen einer kurzen Besprechung unmöglich, die Fülle des in den Referaten und ebenso in manchen Diskussionsbeiträgen gebotenen Stoffes auch nur annähernd zu berücksichtigen. Es erhebt sich daher die Frage nach einem Auswahlkriterium. Das Thema selbst kann diese Aufgabe infolge der Vielseitigkeit seiner Bearbeitung kaum erfüllen. Man wird durchaus einer wesentlichen Zwecksetzung der Tagung entsprechen, wenn man ihren Inhalt primär unter dem Aspekt des Zusammenwirkens zwischen Theorie und Praxis, kurz der wirtschaftspolitischen Nutzenanwendung theoretischer Überlegungen wiedergibt. Mit dieser natürlich nicht von jeder Willkür freien Entscheidung ergibt sich bereits, daß schon bei der Berücksichtigung der Referate das Egalitätsprinzip durchbrochen wird.

In seinem grundlegenden Referat „Der gegenwärtige Stand der Theorie der Beschäftigung“ gab Prof. Erich Schneider (Kiel) einen großangelegten Überblick über Entstehung, Stand und Ansatzpunkte für eine weitere Entwicklung der Lehren von Keynes, deren makrostatistischen Charakter er betonte. Damit ergab sich auch bereits eine Relativierung des Beitrages von Keynes zum Beschäftigungsproblem, der sich auf den Fall des Mangels monetärer Nachfrage infolge abnehmender Verbrauchsneigung in Verbindung mit einer relativ zinsunelastischen Investitionsneigung beschränkt. Aber selbst wenn die Zinselastizität der Investitionsneigung groß wäre, bestehe bei gleichzeitiger hoher Zinselastizität der Liquiditätsneigung die Gefahr eines Rückganges der Investitionen und damit der Beschäftigung. Bei dem Versuch von Pigou und Haberler, die klassische Auffassung vom Funktionieren des Gleichgewichtsmechanismus durch die Annahme eines positiven Effektes ständig sinkender Löhne und Preise (über die Enthortung bei steigendem Realwert der liquiden Mittel) auf die Beschäftigung zu stützen, handele es sich um eine völlig un-

bewiesene Hypothese. Wesentlich sei in diesem Zusammenhang die Art und Weise, wie der Marktmechanismus sich gegenüber Änderungen von Preisen im weitesten Sinne verhalte. Die Gefahr einer Baisse-spekulation bei Lohn- und damit zusammenhängenden Preissenkungen mit negativer Auswirkung auf die Beschäftigung sei nicht von der Hand zu weisen. Auch L. R. Klein unterstütze diese Ansicht, indem er nur von großen, die Baisespekulation ausschließenden Lohn- und Preissenkungen einen positiven Beschäftigungseffekt erwarte. Eine bessere (und auch institutionell eher durchführbare) Politik sei die Senkung des langfristigen Zinses durch eine entsprechende Offenmarktpolitik, zumal der langfristige Zins als Kostenfaktor eine größere Rolle spiele als der kurzfristige Zins. Abschließend wies der Redner auf die Mängel der K.'schen Beschäftigungstheorie hin; die nicht nur einer dynamischen Ergänzung bedürfe, sondern eben zu einseitig nur mit Gesamtgrößen (Aggregaten) arbeite und damit andere Ursachen der Arbeitslosigkeit vernachlässige, denen man nur durch mikroökonomische Analyse der Gesamtgrößen auf die Spur kommen könne. Er nannte dabei vor allem die mangelnde Beweglichkeit der Arbeit und die monopolistische Preispolitik.

Nach den mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen von Prof. Schneider ergriff Prof. Walther Hoffmann (Münster) das Wort über das schwierige Thema „Vollbeschäftigung in einer wachsenden Wirtschaft“. Gegenstand dieses Referates waren vor allem die Beziehungen der Gesamtgrößen Bevölkerung, Realkapital und Technik einerseits zum Volkseinkommen, andererseits in einem Prozeß langfristiger Veränderungen, in dem die erstgenannten Größen entweder einzeln oder gemeinsam einer Veränderung unterliegen. An Hand einer Reihe makro-dynamischer Modelle untersuchte Prof. Hoffmann die denkbaren Möglichkeiten und zog entsprechende Konsequenzen für eine langfristige, auf Vollbeschäftigung ausgerichtete Wirtschaftspolitik. Eine wesentliche Rolle spiele dabei das — bei konstanter Technik — vom Kapitalkoeffizienten (= Realkapital : Realeinkommen) abhängige Ausmaß der erforderlichen Nettoinvestition. Die automatische Anpassung sei hier nicht gewährleistet, da eine entsprechende Beweglichkeit der Faktoren-Preise, insbesondere der Löhne, nicht bestehe. Im Hinblick auf den tatsächlich zu erwartenden technischen Fortschritt sei in Wirklichkeit sogar eine wachsende Quote der Nettoinvestition notwendig. Die mit wachsendem Volkseinkommen abnehmende Verbrauchsneigung müsse durch entsprechende redistributive Maßnahmen in ihrer negativen Wirkung auf die Beschäftigung kompensiert werden.

Prüft man den Inhalt dieses Referates unter dem hier gewählten Aspekt, so wird man sich fragen müssen, ob die makro-dynamische Behandlung langfristiger Entwicklungsprozesse bereits so weit gediehen

ist, daß sie eine entsprechende Wirtschaftspolitik fundieren kann. Zeigt nicht gerade diese Probe die Grenzen makro-ökonomischer Methoden besonders deutlich? Aber selbst wenn man diese Frage positiv beantworten könnte: ist es in unserer unstablen Zeit überhaupt möglich, langfristige Planungen privater oder öffentlicher Art und damit auch eine Lenkung gesamtwirtschaftlicher Entwicklungstendenzen zu betreiben? Ganz unabhängig davon handelt es sich bei dem von dem Referat angeschnittenen Problembereich um ausgesprochene Grundlagenforschung, deren Ergebnisse für eine Diskussion in einem über die engere Fachwissenschaft hinausgehenden Kreis noch nicht geeignet erscheinen. In einem derartigen Versuch liegt das Risiko, das gegenseitige Mißverstehen zwischen Praxis und Wissenschaft zu vertiefen.

Infolge der vorgerückten Zeit wurde nach den ersten beiden Referaten nur kurz diskutiert. Prof. *Stucken* (Erlangen) unterstrich als erster Diskussionsredner die beschränkte Anwendbarkeit der Theorie von *Keynes*, wobei er auch „grundsätzliche Bedenken“ anmeldete. Für Deutschland bestehe wegen der außenwirtschaftlichen Abhängigkeit eine nur beschränkte Möglichkeit für eine bewegliche Geldpolitik. Außerdem liege in Deutschland eine wesentlich schärfere Trennung von Geld- und Kapitalmarkt vor, so daß hier, wo die Banken im Gegensatz zu den angelsächsischen Gepflogenheiten nicht von sich aus große Mengen langfristiger festverzinslicher Wertpapiere in ihr Portefeuille nehmen, dem langfristigen Sparen bei den Kreditinstituten eine wesentlich größere Bedeutung zukomme. Prof. *Stucken* befaßte sich schließlich noch mit *Keynes*' Lehre als Konjunkturtheorie und vertrat dabei den Standpunkt von *Eucken* und *Lutz*, daß eine allgemeine Konjunkturtheorie wegen des — zumindest nach dem ersten Weltkrieg festzustellenden — Fehlens eines typischen Konjunkturzyklus nicht möglich sei, daß es vielmehr Aufgabe der allgemeinen Wirtschaftstheorie sei, die konkreten Konjunkturabläufe zu analysieren und damit gewissermaßen Urteile von Fall zu Fall abzugeben.

Die betont konservative Einstellung von Prof. *Stucken* wurde in gewisser Hinsicht durch den Diskussionsbeitrag von Geheimrat *Adolf Weber* unterstützt, der ebenfalls den speziellen Charakter der Theorie von *Keynes* hervorhob und dann nachdrücklich forderte, die Theorie möge sich ihrer Aufgabe, praktische Maßnahmen zu fundieren, bewußt bleiben.

Der Nachmittag des ersten Verhandlungstages brachte dann mit dem Referat „Wirtschaftspolitik im Zeichen der Vollbeschäftigung“ von Prof. *Theodor Wessels* (Köln) die Überleitung zu der Frage, inwieweit die heutige Wirtschaftstheorie im allgemeinen und die Theorie von *Keynes* im besonderen als Grundlage einer auf Vollbeschäftigung hinzielenden Wirtschaftspolitik dienen könne. Der Referent kenn-

zeichnete die von Keynes in erster Linie untersuchte Situation als einen Wicksellschen Kontraktionsprozeß kumulativer Selbstdeflationierung der Wirtschaft. Dieser Hinweis auf die Leistung des großen skandinavischen Nationalökonomen Wicksell stellt eine gewisse Relativierung der Bedeutung des Gedankensystems von Keynes dar, dessen spezifischer Beitrag vor allem in der tiefgehenden Analyse der Liquiditätsneigung liege. Keynes habe außerdem den Zusammenhang zwischen Einkommenshöhe und Verbrauchsneigung in seinem „psychologischen Grundgesetz“ zu einseitig dargestellt und z. B. die heute in Deutschland unzweifelhaft wichtige Beziehung zwischen Verbrauchs- bzw. Sparneigung und den Erwartungen in bezug auf die Entwicklung des Geldwertes vernachlässigt. Die in der neueren Geschichte immer häufigeren und in Deutschland besonders krassen Inflationen haben in dieser Hinsicht ganz bestimmte Erfahrungen hervorgerufen, deren Existenz von der Wirtschaftspolitik in Rechnung gestellt werden müsse. Damit solle keinesfalls neuen voreiligen Verallgemeinerungen Vorschub geleistet werden. Prof. Wessels gab vielmehr durchaus zu, daß die Besonderheiten der Nachkriegssituation im Hinblick auf den erwähnten Zusammenhang ihre Rolle gespielt haben mögen. Hinsichtlich der Investitionsneigung meinte der Referent, daß heute vielfach nicht so sehr ein genauer Erfolgskalkül als vielmehr der mit mehr oder weniger unbestimmten Ertrags Erwartungen verbundene Wunsch, am Markt zu bleiben bzw. Unternehmer an sich zu sein, für die Investitionen bestimmend sei. Von einer fehlenden Investitionsneigung wie in den dreißiger Jahren könne — schon auf Grund der statistisch erfaßten sehr hohen westdeutschen Investitionsquote — nicht die Rede sein. Außerdem sei die investitionslenkende Funktion des Zinses infolge des unerwünscht hohen Ausmaßes der — teilweise durch monopolartige Situationen bedingten — Selbstfinanzierung gering.

Prof. Wessels betonte dann gerade unter dem Aspekt der westdeutschen Situation, daß Keynes und seine Anhänger sich im Gegensatz zu der einseitig güterwirtschaftlichen Betrachtung der traditionellen Theorie (zumindest bis Wicksell) in ebenfalls übertriebenem Maße mit rein monetären Größen globaler (makro-ökonomischer) Natur befaßt haben und erst in letzter Zeit dem früher oder später bei jeder Vollbeschäftigungspolitik auftauchenden Engpaßproblem größere Aufmerksamkeit zugewandt haben. Dieses (durchaus mikro-ökonomische) Engpaßproblem dürfte heute in Westdeutschland vor allem im Hinblick auf Kohle, Eisen und Energie in hohem Maße aktuell sein, eine Tatsache, die übrigens durch die große Rolle, die diese Frage in der späteren Diskussion spielte, unterstrichen wurde. Die bisherige schnelle und glatte Überwindung vorübergehend auftretender Engpässe führte der Redner unter Zustimmung der Hörer darauf zurück, daß

nach der Währungsreform noch in beträchtlichem Umfang Realkapitalreste in Gestalt von halbzerstörten Fabriken, nicht mehr voll leistungsfähigen Menschen usw. vorhanden gewesen seien, die mit relativ geringen zusätzlichen Investitionen voll aktiviert werden konnten. Dieser Prozeß gehe zu Ende und man könne das jetzt in vollem Ernst auftretende Engpaßproblem nur durch eine umfassende Realkapitalbildung lösen. Hierzu sei eine globale Kreditpolitik vor allem im Hinblick auf die außerordentliche Inflationsempfindlichkeit der westdeutschen Wirtschaft nicht der richtige Weg. Eine solche makro-ökonomische Politik würde vielmehr lange vor Erreichung der Vollbeschäftigung zu übermäßigen Preissteigerungen führen und die weitere Folge wären schließlich Maßnahmen, deren Strenge in keinem Verhältnis zu der wahren Sachlage stünden. Die dann erforderlich werdenden Wirtschaftskontrollen würden sich vor allem auf den Konsum beziehen und damit wohl auch von der Masse des Volkes als ein zu teurer Preis für den höheren Beschäftigungsgrad empfunden werden, ganz zu schweigen von der Möglichkeit bzw. Wahrscheinlichkeit einer Ausdehnung dieser Kontrollen auf sämtliche Bereiche und Stufen des Wirtschaftsprozesses. Abgesehen von dem Nachteil solcher Kontrollen für die Wirtschaftssubjekte glaubte Prof. Wessels ihren Erfolg an sich bezweifeln zu können.

Diese Feststellungen bedeuten nun keineswegs einen durch dogmatische Ablehnung der Keynes'schen Rezepte begründeten Verzicht auf wirtschaftspolitische Aktivität gegenüber dem ersten Problem der Arbeitslosigkeit, implizieren aber die Erkenntnis, daß die gegenwärtige westdeutsche Situation spezifische Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit erfordere. Ihre Ursachen, von denen der Referent an erster Stelle das Flüchtlingsproblem nannte, ließen sich nur durch eine Reihe sukzessiver Mittel beseitigen. Die dabei gebrauchte Formulierung einer „Politik partieller Auflösung des Arbeitslosenproblems“ wurde teilweise mißverstanden, woraus man ein Argument gegen die von Prof. Schneider vertretene optimistische Auffassung über die seltene Einmütigkeit hinsichtlich der modernen wirtschaftstheoretischen Terminologie ableiten kann. Mit seiner Hervorhebung des Attributes „partiell“ wollte der Redner vielmehr ganz eindeutig darauf hinweisen, daß für Westdeutschland heute eben nicht globale (= makro-ökonomische), sondern nur mikroökonomische Maßnahmen in Frage kämen, die der Situation einer auf die verschiedensten Ursachen zurückzuführenden Arbeitslosigkeit angepaßt werden müßten. Besonders wichtig sei in diesem Zusammenhang die Erhöhung der Mobilität der Arbeit, ein Ziel, das u. a. durch die Förderung des sozialen Wohnungsbaus verwirklicht werden könne. Das Kernstück der zu ergreifenden Maßnahmen bleibe aber eine weitere Intensivierung der Kapitalbildung,

die mit allen Mitteln unterstützt werden müsse. Aber selbst im günstigsten Falle bleibe es fraglich, ob man auf freiwilliger Basis das für erforderlich erachtete Ausmaß der Neu-Investitionen erreichen könne. Auch die Vertreter der Marktwirtschaft würden unter solchen Bedingungen kaum umhin können, ein gewisses Maß an öffentlicher Kapitalbildung zu billigen. Eine solche nicht-marktmäßige Kapitalbildung werde dadurch erleichtert, daß gewisse Engpässe — etwa in der Energiewirtschaft — auch ohne entsprechende Preisbewegungen erkennbar seien.

Prof. Wessels beendete sein Referat unter besonders großem Beifall, was als Symptom dafür angesehen werden kann, daß in diesem Fall der fachliche und persönliche Kontakt zwischen Redner und Hörern in erfreulichem Maße hergestellt war. Besonders für den nicht in ständigem wissenschaftlichen Training befindlichen Hörer wurde hier in verständlicher Weise die wirtschaftspolitische Anwendung des theoretischen Denkens gezeigt.

Die darauf folgende Diskussion, die sich auch auf die beiden Referate des Vormittags beziehen sollte, enthielt leider eine Reihe von Beiträgen, die mit der Sache nur sehr wenig zu tun hatten. Sie wurden von der Versammlung mit ungewöhnlicher Nachsicht aufgenommen. Man sollte sich jedoch fragen, ob man solchen Abschweifungen nicht durch eine Änderung der Art und Weise der Diskussion einen Riegel vorschieben könnte. Die Begrenzung der Redezeit und ihre strenge Einhaltung allein genügen hier nicht. Sollte es nicht möglich sein, selbst bei einem größeren Publikum auf die schriftlichen Wortmeldungen zu verzichten und — selbstverständlich unter geschickter Leitung — eine unmittelbare Diskussion auszulösen, von deren Spontaneität man viel eher originelle und die Sache fördernde Beiträge erwarten kann als von den Monologen, die durch das andere Verfahren begünstigt werden?

Ein interessantes Beispiel für den ungewöhnlichen Einfluß, den Keynes in den angelsächsischen und skandinavischen Ländern ausübt, war der Diskussionsbeitrag von Prof. Pedersen (Aarhus). Obwohl auch er nicht bestritt, daß die in Westdeutschland herrschende Arbeitslosigkeit eine Reihe partieller Maßnahmen im Hinblick auf die speziellen Ursachen des Übels erfordere, unterstrich er andererseits die Möglichkeit und Notwendigkeit von globalen Maßnahmen, bei denen die Folgen durchaus nicht gefährlicher zu sein brauchten. Der beste Weg, die Engpässe zu erkennen und zu überwinden, sei eine durch Kreditausweitung erhöhte Nachfrage. Erst dann könne man an den eintretenden Verknappungen und Preissteigerungen erkennen, wo die Engpässe liegen. Dabei erwähnte der Redner allerdings nicht die keineswegs leicht zu beantwortende Frage, ob denn die im Zuge einer in-



flationistischen Kreditausweitung nach Realisierung drängenden Kaufwünsche eine sichere Basis für eine langfristige private oder öffentliche Investitionsplanung darstellten.

In noch wesentlich schärferer Weise glaubte Prof. Zimmerrmann (Mainz) die These von der allgemeinen Anwendbarkeit der Theorie von Keynes vertreten zu können. Keynes habe keinesfalls nur eine Theorie der Unterbeschäftigung geben wollen (was übrigens auch nicht bestritten wurde). Das von ihm geschaffene Instrumentarium sei vielmehr selbst auf den Fall der Inflation anwendbar. Entscheidend sei das Verhältnis der Zinselastizitäten der Liquiditäts- und der Investitionsfunktion. Ist die Liquiditätsfunktion zinselastisch und die Investitionsfunktion zinselastisch, dann sei eine monetäre Politik angebracht. Im umgekehrten Fall ist dagegen entweder auf die Konsumfunktion oder die Investitionsfunktion einzuwirken. Zu dieser Frage präzierte später Prof. Schneider in seinem Schlußwort seinen Standpunkt dahingehend, daß auch er die Grenzen der Keynes'schen Theorie sehe, die primär auf eine Massenarbeitslosigkeit im Rahmen eines intakten Produktionsapparates zugeschnitten sei. Er empfahl dabei jedoch, zu unterscheiden die logisch-theoretische Konstruktion einerseits und die zeitbedingten wirtschaftspolitischen Empfehlungen andererseits. An Hand dieser Gegenüberstellung ergibt sich die Möglichkeit, das während der ganzen Diskussion schwebende Mißverständnis über die Frage der Anwendbarkeit der Theorie von Keynes im wesentlichen zu klären. Der entscheidende Punkt lag ganz offensichtlich in der Doppeldeutigkeit des Wortes „Anwendbarkeit“, das im weiteren Sinne der Anwendung eines formalen analytischen Gedankenwerkzeugs auf die theoretische Klärung volkswirtschaftlicher Zusammenhänge gebraucht wird, während sich der engere Sinn auf die wirtschaftspolitische Nutzenanwendung der materialen Ergebnisse bezieht, die durch Anwendung (i. w. S.!) des allgemeinen theoretischen Rüstzeugs auf eine konkrete Situation entstehen.

Unter dem Aspekt der seit der Koreakrise eingetretenen Entwicklung war es verständlich, daß die Frage der Engpässe in der Diskussion eine erhebliche Rolle spielte und selbst von Rednern aufgegriffen wurde, die derartige Probleme noch vor einigen Monaten als völlig inaktuell bezeichnet hätten. Im Zusammenhang damit gab als im praktischen Leben stehender Betriebswirt der Präsident des Landesarbeitsamtes von Nordrhein-Westfalen Wallroth Einblicke in jene strukturellen Probleme, die vor allem im Gefolge der Abwanderung von Arbeitskräften aus Landwirtschaft und Bergbau entstehen könnten. Er lenkte damit die Aufmerksamkeit der Hörer auf die Tatsache, daß es in Westdeutschland Gegenden mit Überbeschäftigung ebenso wie solche mit Unterbeschäftigung gebe. Vom Standpunkt der Zentral-

notenbank wies Bankdirektor Dr. Wrede auf das bis dahin vernachlässigte Zeitproblem bei der Überwindung von Engpässen hin und glaubte ebenfalls, eine Überempfindlichkeit der deutschen Bevölkerung gegenüber partiellen Preissteigerungen annehmen zu können.

Unter Bezugnahme auf die Ausführungen von Prof. Wessels gab auch Prof. Weisser (Köln) zu, daß in Westdeutschland im wesentlichen keine Keynes-Situation gegeben sei und daß daher die Gefahr einer inflationistischen Entwicklung nicht von der Hand zu weisen sei. Trotzdem könne man durch monetäre — im geeigneten Moment abzuschaltende — Maßnahmen Stimulierungsprozesse auslösen, die weiter gehen könnten als die Anti-Keynes-Diskussion allgemein annehme. Wichtig sei dabei die Umlenkung der Einkommensverwendung vom Verbrauch auf das Sparen, wobei Sparanreize besonders das Zwecksparen fördern sollten. Vor Korea habe eine Unterversorgung der Wirtschaft mit „aktivem Geld“ bestanden. Auch die strukturelle Arbeitslosigkeit lasse sich durchaus mit monetären Maßnahmen, zu denen der Redner offenbar auch die genannte Förderung des Sparens rechnete, bekämpfen.

Der zweite Verhandlungstag war der Erörterung der spezielleren wirtschaftspolitischen Maßnahmenkomplexe im Hinblick auf die Frage der Vollbeschäftigung gewidmet. Er begann mit einem Referat von Prof. Karl Schiller (Hamburg) über „Vollbeschäftigung und Kreditpolitik“. Auch dieser Referent wick in der Frage der konkreten Anwendbarkeit der Rezepte von Keynes, innerhalb deren die Kreditpolitik bekanntlich eine dominierende Rolle spielt, nicht wesentlich von der in der Versammlung offenbar vorherrschenden Meinung ab. Eine generelle Kreditausweitung setze eine Reserve an Produktionsfaktoren auf allen Stufen des Wirtschaftsprozesses voraus. In Westdeutschland liege das mit globalen Maßnahmen erreichbare Beschäftigungsniveau weit unterhalb einer effektiven Vollbeschäftigung. Trotzdem hätten sich manche Engpässe durch eine aktivere Kreditpolitik vermeiden lassen. Dies sei auch künftig der Fall, wobei die allgemeine Kreditpolitik allerdings durch eine gewisse Kapitallenkung zu den Engpässen hin zu ergänzen sei. Prof. Schiller befaßte sich dann mit der mangelnden Sparneigung in Westdeutschland, deren psychische Ursachen in einem fehlenden Vertrauen der Sparer zu erblicken seien. Neben einer Kapitaleinfuhr käme daher auch die Hebung des Sparanreizes durch internationale — etwa von seiten der Weltbank übernommene — Bürgschaften für in Deutschland zu emittierende niedrig verzinsliche Schuldverschreibungen in Frage. Dieser Vorschlag wurde später in der Diskussion von Dr. Pfeiderer mit dem Hinweis, daß die westdeutsche Wirtschaft Dollars und keine psychologischen Hilfen brauche, kritisiert. Er fand andererseits Unterstützung durch die Aus-

fürhungen von Dr. Keiser, der die Analyse der psychologischen Gründe der Sparhemmung vor allem im Hinblick auf die deutsche „Grenzlandsituation“ und ihre nachteiligen Folgen für den Kapitalmarkt ausbaute. Dr. Wrede nannte schließlich als weiteren Hemmungsgrund der Sparneigung die Fehler bei der Währungsreform von 1948, bei der die Vorschläge des Homburger Kreises nicht genügend berücksichtigt worden seien. Dieser Fehler sei durch eine nachträgliche Korrektur nicht wieder gutzumachen. Dagegen wäre zu erwägen, ob nicht eine Renaissance der Aktie eine Hebung des Sparanreizes bewirken würde.

Das zweite Referat des Tages behandelte das Thema „Vollbeschäftigung und Finanzpolitik“. Prof. Wolde mar Koch (Berlin) ging zunächst auf die bekannten, von Keynes empfohlenen finanzpolitischen Mittel zur Überwindung der makroökonomischen Arbeitslosigkeit ein: Steigerung der Nachfrage durch Ausweitung des öffentlichen Aufwandes bei gleichbleibenden Steuern oder Senkung der Steuern bei gleichbleibendem Staatsaufwand, Redistribution des Volkseinkommens auf dem Wege der Einkommenssteuerprogression usw. Die ebenfalls erwähnte mikro-fiskalische Methode der Präferenzen und Diskriminierungen hielt der Referent jedoch für volkswirtschaftlich unerwünscht, vor allem weil die Maßstäbe für die steuerliche Leistungsfähigkeit einerseits und die Begünstigungen andererseits vielfach nicht miteinander harmonierten. Auch Prof. Koch hielt die Rezepte von Keynes in der gegenwärtigen westdeutschen Situation nicht für aktuell. Außerdem sei ganz allgemein eine weitgehende Umgestaltung des finanzwirtschaftlichen Systems im Hinblick auf die Theorie von Keynes nicht erforderlich. Worauf es in der konkreten Situation in Westdeutschland ankomme, sei eine umfangreiche Realkapitalbildung, die mit der Abneigung des Publikums, illiquide zu sparen, in Widerstreit stehe. Die Ausführungen gipfelten in der Forderung, das gewünschte Ausmaß der Investition durch eine monetäre Politik der Senkung des Zinsfußes zu fördern und die sekundären inflationistischen Wirkungen durch Besteuerung, die man euphemistisch auch „Pflichtsparen“ nennen könne, zu paralisieren. Dieses Programm stellte im Grunde nur eine Abwandlung der bereits zu Beginn des Referates aufgestellten These dar, jede Art längerfristiger Arbeitslosigkeit sei durch Erhöhung des öffentlichen Aufwandes mit entsprechender Erhöhung der Einkommensteuer „totsicher“ zu beseitigen. Daß derartige Maßnahmen u. U. auch zu erheblichen zwangswirtschaftlichen Eingriffen führen können, wurde vom Referenten nicht ausdrücklich erwähnt. Er hob abschließend jedoch mit dankenswerter Offenheit hervor, daß die Beseitigung der heutigen Arbeitslosigkeit ohne gewisse Opfer von seiten

der in Arbeit Befindlichen nicht möglich sei. (Hierin liegt der entscheidende Unterschied zu den Rezepten von *Keynes*, die zwar eine fast schmerzlose Heilung gewährleisten, aber leider nur unter eng begrenzten Voraussetzungen anwendbar sind.)

In der Diskussion, die am zweiten Verhandlungstag infolge der Begrenzung der individuellen Redezeit auf 10 Minuten eine größere Anzahl von Beiträgen brachte, ging Prof. *Helander* (Stockholm) auf die schwedischen Erfahrungen ein und berichtete über eine spezifische Form des Engpaßproblems, nämlich die Überbeschäftigung, die nicht nur zu einem Nachlassen der individuellen Leistungsbereitschaft, sondern — besonders bei jüngeren Arbeitskräften — zu einem sehr häufigen Arbeitsplatzwechsel führe und damit eine Minderung des Sozialprodukts zur Folge habe.

Prof. *Schmölders* (Köln) knüpfte vor allem an die Ausführungen von Prof. *Koch* an und meldete seine Bedenken gegenüber dem durch *Keynes* ausgelösten „Makro-Fiskalismus“ an. Er warnte im Hinblick auf die Unmöglichkeit begründeter langfristiger Wirtschaftsprognosen vor einer rein konjunkturpolitisch orientierten Finanzpolitik und erinnerte an die Ordnungsfunktion des Haushaltsplans. Die Investitionsanregung durch mit Steuergeldern finanzierte Subventionen müsse zu einer Verschlechterung der Steuermoral führen, da der Steuerzahlung auch der letzte Sinn genommen werde, wenn man damit das Bewußtsein verbinde, womöglich die Mittel für die Subventionierung des Konkurrenten aufzubringen. Weitere Beiträge zur Frage der Engpässe lieferten Dr. *Muthesius*, der neben den Folgen des Krieges vor allem die Zwangswirtschaft für das Bestehen und Andauern von Engpässen verantwortlich machte und eine Lösung des Beschäftigungsproblems nur in einer weiteren Ausdehnung des marktwirtschaftlichen Denkens sah, und Prof. *Gutenberg* (Frankfurt), der dieses Problem vom betriebswirtschaftlichen und kostentheoretischen Standpunkt beleuchtete.

In dem letzten Referat der Tagung „Vollbeschäftigung und Außenhandelspolitik“ von Prof. *Heinrich Rittershausen* kam schließlich auch der internationale Aspekt des Beschäftigungsproblems zu seinem Recht. Der Referent betonte die Notwendigkeit einer weitgehenden internationalen Arbeitsteilung als Voraussetzung für eine hohe Beschäftigung. Der auf wirtschaftlichem Nationalismus basierende Wunsch, die binnenwirtschaftliche Vollbeschäftigung um jeden Preis oder auf Kosten anderer Länder zu erreichen, sei verfehlt. Ein dementsprechendes Verhalten müsse zu Abwehrmaßnahmen der anderen Länder und damit schließlich zu einer Rückbildung der internationalen

Arbeitsteilung führen. Die besondere Problematik der deutschen Situation liege in der Abtrennung der östlichen Gebiete Deutschlands, aus der sich das Erfordernis nach weiterer Ausdehnung des westdeutschen Außenhandels ergebe. Der Referent sah wesentliche Voraussetzungen hierfür in einer Lockerung der noch im internationalen Handel bestehenden Wirtschaftskontrollen.

Die Fortsetzung der Diskussion brachte dann noch weitere Beiträge, von denen folgende besonders zu erwähnen sind: Dr. Schönwandt unterstrich die begrenzte Bedeutung der Theorie von Keynes und forderte eine Steigerung der Anpassungsfähigkeit der Arbeit. Ein wesentliches Mittel hierzu sei die Befreiung der Bauwirtschaft aus den Fesseln der Wohnungszwangswirtschaft. Dr. Illau wandte sich im Hinblick auf die häufig erwähnte Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage nach Kapitaldisposition gegen die künstliche Niedrighaltung des Zinses. Die Behauptung, das Sparen sei zinsunempfindlich, widerspreche der gleichzeitig erhobenen Forderung nach steuerlicher Begünstigung des Sparvorgangs. Der niedrige Zins veranlasse die Investoren zu übertriebener Kapitalintensivierung und erschwere gerade dadurch die Überwindung der strukturellen Arbeitslosigkeit.

Versucht man sich abschließend ein Gesamturteil über Verlauf und Ergebnis der Tagung zu bilden, so kann man wohl feststellen: Es ist dem Verein für Sozialpolitik zweifellos gelungen, mit einem erheblichen Teil der wirtschaftspolitisch interessierten Öffentlichkeit in Kontakt zu kommen. Wenn der sachliche Inhalt der Referate keine wirklich neuen Beiträge zu dem diskutierten Thema brachte, so liegt darin weder ein Nachteil noch soll die Erwähnung dieses Umstandes eine Kritik darstellen. Vielleicht wird man diese Tatsache gerade unter dem Aspekt der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis begrüßen können. Neue Ergebnisse der Grundlagenforschung gehören in der Wirtschaftswissenschaft noch viel weniger als in den Naturwissenschaften vorzeitig an eine größere Öffentlichkeit. Aber auch für den engeren Kreis der beteiligten Hochschullehrer und wissenschaftlich tätigen Volkswirte muß eine Zusammenfassung des Standes der Wissenschaft durchaus positiv beurteilt werden. Die Art und Weise, in der das geschah und in der die Nutzenanwendung für die gegenwärtige Situation gezogen wurde, zeigte eine unerwartet einheitliche Linie in der Beurteilung der Sache, ein erfreulicher Eindruck, der durch gewisse, ganz natürliche Meinungsverschiedenheiten keineswegs verwischt werden kann. Die Tagung des Vereins für Sozialpolitik hat erneut bewiesen, daß trotz aller politischen Differenzen das Streben nach sachlicher Erkenntnis fortbesteht und sich durchzusetzen weiß.

Joachim Grunau - Marburg (Lahn)